

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Nr. 176.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4th Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 10. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgesparten Petticote oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 10. März. Der König hat geruht: den Militär-Intendanten des 1. Armee-Korps Gervais, sowie den Militär-Intendantur-Math de l'Homme de Courbiere vom 1. Armee-Korps auf ihren Antrag mit Pension in den Ruhestand zu versetzen. Bei dem Ministerium des Inneren ist der Geheime Kanzlei-Assistent Lehmann zum Geheimen Kanzlei-Sekretär ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 10. März.

Über England sollen wir also endlich erfahren, wie es mit den Verhandlungen zwischen Deutschland und der Kurie steht. Es ist der Berliner Korrespondent des "Standard", folgendes aufs Genaueste ausgekundschaftet hat. "In nächster Sessjon soll ein Gesetz eingebracht werden, welches eine einzelne Klausel der Kirchengesetze modifizirt; und falls der Papst, wie er versprochen hat, diese Konzession dadurch anerkennt, daß er jedem Widerstand gegen die unliebsamen Dekrete entagt, so werden auch die andern von ihm beanstandeten Klauseln allmählich zurückgezogen werden." Der Korrespondent weiß weiter zu melden, daß Kardinal Ledochowski auf Grund dieses vorläufigen Uebereinkommens die Geistlichkeit der Diözese Posen in Gnesen bereits aufgefordert habe (?), sich jenem Theil der Kirchengesetze anzubekennen, welcher ihre täglichen dienstlichen Funktionen in der Gemeinde betreffe. — Der "Standard"-Korrespondent hat wohl die Glocken läuten hören und weiß nicht, wo sie hängen. Es wird etwas geschehen, und vielleicht sogar schon in der Nachsессion des preußischen Landtages, aber dieses "etwas" wird doch sehr wesentlich verschieden sein von dem, was der englische Korrespondent in sehr unbestimmter Weise andeutet; nicht von Deutschland, vielmehr von der Kurie wird offenkundig nach der Schrift gethan werden, der zur Beendigung des Kampfes um die Maigesetze führen soll. Dass etwas von Werke ist, zeigt schon die höchst bemerkenswerthe Schwenkung der Beratung des Sozialistengesetzes in der Sonnabendssitzung des Reichstages.

Der Kultusminister von Puttkamer hat dem Abgeordnetenhaus so eben eine äußerst umfangreiche Nachweisung über die finanziellen Verhältnisse der nicht ausschließlich vom Staate zu unterhaltenden höheren Lehranstalten und vergleichende Uebersicht der Kommunal-Steuerbeträge und Aufwendungen für das Schulwesen in den betreffenden Städten zugehen lassen.

Eine Petition um Errichtung von Gewerbe- bzw. Handwerkerkammern hat die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses der Regierung überwiesen.

Vertrauliche Melbungen aus Petersburg lassen erkennen, daß die Nihilisten das Haupt noch immer hoch tragen und der vielen mißlungenen Anschläge gar nicht daran denken, den Kampf gegen die bestehende Gewalt aufzugeben. Wiederum eine Menge Proklamationen und revolutionäre Zeitungen erscheinen. In einer Proklamation wird erklärt, warum der saratowsche Kleinbürger, dessen Leichnam man, wie uns bereits unterm 19. Febr. aus Petersburg gemeldet wurde, auf dem Eife auf der Newa am Tage der Explosion im Winterpalais vorstand, ermordet worden ist. Es heißt in dieser Bekanntmachung: "Der saratowsche Kleinbürger Alexander Sharlow ist wegen seines Verraths, begangen an der Zeitung 'Tscherney Peredel', auf Beschluss und Befehl des Exekutivkomites gerichtet und getötet worden." Der Mann war Geheimpolizist und bewohnte auf dem Wosnessenski-Prospekt ein Zimmer im Lichatschew'schen Hause. Ferner warnen die revolutionären Schriften alle Einwohner Petersburgs, sich bei Feierlichkeiten oder sonstigen Gelegenheiten in der Nähe der kaiserlichen Familie aufzuhalten, weil sie in diesem Falle für Unglücksfälle nicht stehen könnten.

Mit dem eben verstorbene Redakteur der jungczechischen "Narodny Listy" der 57jährigen Dr. Karl Sladowski, der am 4. d. in Prag nach langem und schwerem Todeskampfe das Leben abgehangen, haben die Tschechen einen jener weißen Raben ihrer Mutter verloren, denen über dem heißen Bestreben, die Deutschen zu vergewaltigen, nicht jede Spur ehrlicher Freiheitskämpfer gekommen. Eine echt hussitisch-demagogische Natur, hatte natürlich auch der Verstorbene eine tüchtige nationalen Chauvinismus ererbt, die er redlich bestrebt war, im Namen der "böhmischen Nation" zu verwerten. Niemand aber hat der alte Freiheitskämpfer aus den 48er Tagen gleich Rieger so weit erniedrigt, dem Feudaladel und den Zünftlingen die Schleppe zu tragen. Nie hat er, gleich dem Führer der Altzechen, Skrajchowski, seine politische Stellung zur Anhäufung materieller Glücksgüter ausgeschrotet, wie dann doch wieder in immer weiterem und immer ungünstigeren Streben der Geld- und Herrschier, dem großen Bruch verfallen zu lassen. Arm, wie er gelebt, ist Sladowski geworden. Das Einzige, was seine politische Thätigkeit ihm ein-

getragen, ist eine achthäufige Haft, die dem auch wohl den Keim zu seiner Todeskrankheit gelegt. Eben in Wien zum Dr. juris promovirt, eilte er gleich nach den Märktagen in seine Vaterstadt zurück, wo er von da ab in den beiden Centren der Volksbewegung, der Universitätsaula und dem Wenzelsbade, fast täglich die Studenten und die Arbeiter haranguirte, so daß er sich den Ehren- oder Spitznamen des prager Tausenau verdiente. Sein Werk waren die leidenschaftlichen Beschlüsse, die während des prager Slawenkongresses endlich zum Barrifadenbau führten. Er stand an der Spitze jener Studenten-deputation, die von Windischgrätz die Auslieferung von 3000 Gewehren nebst 80,000 scharfen Patronen, so wie einer Batterie verlangte und deren Abweisung das Pfingstbombardement der böhmischen Hauptstadt einleitete. Die Untersuchung wegen der Junitage wurde nun zwar im September 1848 niedergeschlagen, allein ein Jahr darauf ward Sladowski dennoch einzogen, nach zweijähriger Untersuchungshaft zum Galgen verurtheilt, zu zwanzigjährigem Kerker begnadigt, den er erst in Folge der Mai-Amnestie von 1857, gelegentlich der großen Kaiserreisen in Italien und Ungarn verließ. In den böhmischen Landtag durfte er erst 1862 gewählt werden, nachdem Schmerling ihm auch die politischen Folgen seiner Verurtheilung erlaß. Selbst Smolka, als 1848er Reichstagspräsident, mußte 1861 noch die Erlaubnis des lebmerger Polizeidirektors einholen, um als erwählter Reichstagsabgeordneter nach Wien reisen zu dürfen. Als Journalist schwang er sich dann schnell zu solchem Ansehen empor, daß Gisela im Februar 1870 nur an ihn und Rieger die von Beiden abgelehnte Einladung zu Ausgleichskonferenzen richtete. Aber wenn er auch in staatsrechtlicher Beziehung mit den Altzechen Hand in Hand ging, ärgerte er sie doch bas durch Veranstaltung von Fuß-Wallfahrten nach Konstanz; durch Verbrennung päpstlicher Allocutionen, die sich während des Orientkrieges gegen Russland richteten, und alle ersinnlichen adels- und kirchenfeindlichen Demonstrationen. Er war selbst zur orthodox-griechischen Konfession übergetreten, ließ sich auf seinem Sterbebette von dem russischen Popen in Prag trösten, und die Unterzeichnung der Petition gegen die Adressen des böhmischen Episkopats war seine letzte That.

Die Ex-Kaisrin Eugenie reist am 26. d. (Charfreitag) von Southampton nach dem Cap der guten Hoffnung ab. Bei ihrer Rückkehr wird sie St. Helena besuchen, eine Absicht, die auch ihr Sohn gehabt hatte.

Der Nihilist Hartmann befindet sich bereits auf englischem Boden in Sicherheit; die russische Regierung wird jedenfalls den Antrag auf Auslieferung an das Kabinett Beaconsfield nicht stellen. Unterdessen wird überall die Frage erörtert, ob die Weigerung der französischen Regierung die neuwährenden intim gewordenen Beziehungen zwischen Frankreich und Russland schädigen werde oder nicht. In französischen Regierungskreisen ist man der letzteren Ansicht. Der pariser "Temps" bringt darauf bezüglich folgende offiziöse Mitteilung:

"Es freut uns, zu vernnehmen, daß der allgemeine Eindruck, der bei den europäischen Kabinetten durch die Lösung der Hartmannschen Angelegenheit hervorgebracht worden, durchaus befriedigend ist. Alle eingegangenen Depeschen erkennen die Klugheit und Ehrlichkeit an, mit welcher die französische Regierung sich benommen hat, und heben einstimmig hervor, daß der Zwischenfall nicht ehrenvoller für beide beteiligte Regierungen gelöst werden konnte. Nach den ersten vierzehn Tagen des Februar hatte der russische Botschafter Fürst Orlow, die französische Regierung von seiner Absicht, am 23. desselben Monats nach Petersburg zu reisen, um am 2. März bei den Festen in Petersburg anwesend zu sein, in Kenntniß gesetzt. Die Hartmann'sche Sache nötigte den Fürsten jedoch, seine Reise aufzuschieben. Erst in dieser Woche wird er Paris verlassen; sein Urlaub wird übrigens von kurzer Dauer sein; er wird in Petersburg bis zur Abreise des Kaisers nach Livadia bleiben und hofft in den ersten Tagen des Monats April wieder auf seinem Posten zurück zu sein. Wie man glaubt, wird die russische Regierung die Anwesenheit des Fürsten Orlow in Russland zur Vorberatung eines Entwurfs zu einem Auslieferungsvertrage benutzen, über den das Petersburger Kabinett mit Frankreich in Verhandlung zu treten beabsichtigt. Vor seiner Abreise wird Fürst Orlow noch vom Präsidenten der Republik und vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten in einer offiziellen Beurlaubung Audienz empfangen werden."

In Petersburg ist man dagegen durchaus nicht geneigt, die Angelegenheit von diesem optimistischen Standpunkt aus zu betrachten, vielmehr bezeichnet die offiziöse "Agence russe" in Petersburg die Entscheidung der französischen Regierung als eine bedauerliche und ernsthafte (grave), behält sich indeß eine weitere Würdigung bis dahin vor, wo nähere Details darüber vorliegen würden. — Fürst Bismarck hält die Entscheidung des französischen Kabinetts, wie er bekanntlich offen ausgesprochen hat, für korrekt und ist nicht der Ansicht, daß sie eine dauernde Störung in den Beziehungen beider beteiligten Mächte hervorrufen wird.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 9. März. [Ein Symptom der Lage. Zur Verlängerung des Sozialistengesetzes.

Announce- Annahme-Bureaus.
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Danne & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Announce- Annahme-Bureaus.
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Danne & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Zum Militärgesetz. Die Quittungssteuer. Die "Nationalzeitung" demonstriert heute Abend kategorisch in einem Artikel, welcher erschöpfend von kompetenter Seite her inspiriert ist, alle Gerüchte über den bevorstehenden Eintritt des Herrn von Benningsen in die Regierung. Wir haben dieselben bereits vor einigen Tagen in das Gebiet der Fabel verwiesen. Zugleich macht die "Nationalzeitung" — und es ist charakteristisch, daß es im Zusammenhang mit jenem Dementi geschieht — darauf aufmerksam, daß die konservativ-klerikale Koalition nach wie vor eine akute Gefahr sei, und warnt davor, die letztere gegenwärtig zu unterschätzen. Auch das haben wir wiederholt in der jüngsten Zeit gethan, möchten aber im Hinblick auf den Nachdruck, mit dem die "Nationalzeitung" es heute thut, die Frage aufwerfen, ob nicht in der eigentlichen nationalliberalen Parteipresse, zu welcher jenes Blatt gehört, im Gegenteil seit Wochen durch die übertriebenste Betonung gleichgültiger Vorgänge, welche angeblich den Zerfall des konservativ-klerikalischen Bündnisses darthun sollten, eine ganz andere, illusionsreiche Auffassung der Lage verbreitet worden ist. Noch heute kann man derselben in einzelnen Blättern infofern begegnen, als schon wieder versucht wird, die Wichtigkeit der von der Zentrumspfraktion in der Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes vollzogenen Schwenkung darum in Frage zu stellen, weil die "Germania" die Bedeutung dieses Vorgangs herabzulegen versucht und andeutet, der Verlauf der Kommissionsberathungen könne doch noch zu einem einstimmigen Votum der Klerikalen gegen die Vorlage führen. Wer die Verhältnisse im Zentrum kennt, wird dieser Auflösung des klerikalischen Blattes vor der Hand durchaus kein Gewicht beimeissen. Es ist notorisch, daß die zur parlamentarischen Vertretung der Klerikalen gehörigen Leiter der "Germania" zu jener Minorität der Fraktion zählen, welche den gouvernementalen Neigungen des Herrn Windthorst Opposition macht. Aus diesem Grunde ist es ebenso natürlich, wie anderseits für die fernere Haltung der unter der Führung Windthorsts stehenden Mehrheit der Fraktion gleichgültig, wenn die "Germania" noch vorläufig den Widerspruch gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes aufrecht erhält. Natürlich wird Niemand vorher sagen wollen, daß eine Fraktion wie das Zentrum nicht in Folge irgend eines gegenwärtig nicht abzusehenden Zwischenfalls abermals eine Schwenkung auf die oppositionelle Seite machen könnte; aber der Grund, welchen die "Germania" dafür geltend macht, daß keine Aussicht auf erhebliche Abänderungen des Sozialistengesetzes in der Kommission vorhanden sei, bedeutet gar nichts; wenn die Herren Windthorst und Genossen im Staande waren, in der prinzipiellen Frage des Erlasses, resp. der Aufrechterhaltung des "Ausnahmegesetzes" gegen die Sozialdemokratie ihre frühere Haltung aufzugeben, so werden sie wahrlich nicht den Gewinn, welchen sie von dieser beispiellosen Gefüllungsänderung für sich erwarten, um untergeordneter Differenzen will in Frage stellen. Was übrigens die Kommissionsberathung über die in Rede stehende Vorlage betrifft, so wird neben der Abkürzung der von der Regierung verlangten neuen Geltungsfrist mit Bestimmtheit nur eine Modifikation erwartet, wodurch die Anwendung des Sozialistengesetzes auf Reichstagsabgeordnete während der Dauer der Sessjon ausgeschlossen wird; möglich, aber nicht sicher ist, daß Wahlversammlungen der Sozialdemokratie gegen Verbote, welche auf Grund des Sozialistengesetzes erfolgen, geschützt werden. — An der Nachricht mancher Zeitungen, Herr v. Benningsen wolle in der Militär-Kommission beantragen, daß künftig die Einjährig-Freiwilligen auf den gesetzlich festgestellten Präsenzstand angerechnet werden, dürfte nur so viel richtig sein, daß eine ähnliche Anregung von einem nationalliberalen Mitgliede der Kommission, doch nicht von dem eben genannten Vorsitzenden derselben, ausgeht. Es scheint aber nicht, als ob erhebliche Chancen für die Zustimmung der Regierung vorhanden wären. Die Anrechnung der 5000 Einjährig-Freiwilligen auf den Präsenzstand bedeutet natürlich lediglich eine Verringerung der von der Regierung verlangten Erhöhung derselben von 26,000 Mann um 5000 Mann. Von militärischer Seite wird dagegen geltend gemacht, daß für einen derartigen Abstrich keine Begründung beizubringen sei, derselbe vielmehr ganz willkürlich sein würde, während der Vorschlag der Regierung auf dem Satz von 1 pCt. der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung beruhe. Ein anderer Vorschlag, dem einzelne Kommissionsmitglieder geneigt sind, geht dahin, die viermalige Uebung der Erzägereservisten von im Ganzen 20 Wochen zu einer einzigen Uebung von der bezeichneten Zeitdauer zusammenzuziehen, so daß die betreffenden Mannschaften nicht in 4 Jahren je einmal, sondern nur in einem einzigen Jahr, dann allerdings für die Dauer von 5 Monaten, ihrer Berufsbefähigung entzogen würden. Indes auch hiergegen werden von militärischer Seite Bedenken geltend gemacht, die namentlich darauf beruhen, daß für eine monatliche Ausbildung einer größeren Anzahl von Erzägereservisten die erforderlichen Offiziere nicht vorhanden seien. In jedem Jahre auf 8, resp. 2 Wochen zu diesem Zweck eine Anzahl Offiziere zu kommandiren, würde, so

sagt man, allenfalls möglich sein, für 5 Monate hintereinander aber würde dies bedingen, daß eine größere Anzahl Offiziere ihrer eigentlichen Aufgabe, der Ausbildung des stehenden Heeres, in unzulässiger Weise entzogen würde. Unter den neuen, von der Regierung vorläufig im Bundesrat vorgeschlagenen *Steppen* findet namentlich die auf *Quittung* auf allen Seiten Anfechtung. Durchweg wird geltend gemacht, daß keinerlei Berechtigung dafür vorhanden sei, eine allgemeine Quittungssteuer unter dem Titel einer Börsensteuer vorzuschlagen, da sie alle Verkehrsverhältnisse der gesamten Bevölkerung treffe, übrigens zu einer allgemeinen Belästigung zu werden drohe. Vorläufig wird dieser Widerspruch in allen Parteien laut; ob er aber das Resultat haben wird, wenigstens die Quittungssteuer dem Lande zu ersparen, ist zunächst zweifelhaft in einem Reichstag, in welchem die Abstimmungen nachgerade gewohnheitsmäßig nicht nach sachlichen, sondern lediglich nach taktischen Gründen stattfinden.

[Ankunft des Kronprinzen.] Um den Feierlichkeiten bei Enthüllung des Denkmals der Königin Louise beizuwohnen, ist der Kronprinz Dienstag Mittag 12 Uhr 30 Min., von Pegli kommend, auf dem Anhaltischen Bahnhof eingetroffen. Zu seiner Begrüßung hatten sich die Prinzen Wilhelm, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen und Prinz Friedrich Karl, ferner der Hofmarschall Graf zu Eulenburg, die Adjutanten des Kronprinzen und andere Militärs eingefunden. Das schöne Frühjahrswetter hatte ein außerordentlich zahlreiches Publikum nach dem Bahnhofe hinausgeführt. Der Zug fuhr pünktlich um 12^{1/2} Uhr in die Halle ein. Nachdem von Seiten des Bahnhofs-Inspectors, der den Degen und die Orden angelegt hatte, den in den Königszimmern versammelten hohen Herrschaften die Ankunft des Zuges gemeldet war, begaben sich dieselben sofort in den Salonwagen, wo eine herzliche und innige Begrüßung mit dem Kronprinzen stattfand. Der Kronprinz, der recht wohl und im Gesicht stark gebräunt aussah, trug einen Zivilanzug nebst Sommerüberzieher und einen kleinen runden Hut. Er bot beim Aussteigen aus dem Wagen seiner Tochter, der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, welche in der Hand ein schönes Veilchenbouquet hatte, den Arm und geleitete dieselbe in die Empfangszimmer, während die Prinzen folgten. Im Empfangszimmer verweilten die hohen Herrschaften in angeregter Unterhaltung noch längere Zeit. Der Kronprinz, begleitet von seiner Tochter, fuhr in einer geschlossenen Equipage direkt zur Begrüßung der Majestäten nach dem königlichen Palais. In einem zweiten offenen Wagen folgten Prinz Wilhelm und der Erbprinz von Sachsen-Meiningen und in einem dritten geschlossenen Wagen Prinz Karl. Beim Erscheinen des Kronprinzen, der vom persönlichen Adjutanten Hauptmann v. Puhlfuß begleitet war, brach das Publikum in laute sympathische Hohls aus, für welche der Kronprinz aufs Freundlichste dankte.

[Übertritt zur deutschen Armee.] Wie bairische Blätter berichten, werden der Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern und der Prinz Alfred von Thurn und Taxis, zur Zeit Lieutenants im 2. bairischen Reiter-Regiment bzw. im 5. bairischen Chevaulegers-Regiment, in das 2. preußische Garde-Dragoners-Regiment übertragen.

[Zur Ausstellung in Melbourne.] Amtlicher Kundgebung zufolge sollen für die Herstellung der in Melbourne anzuwendenden Ausstellungsgeräthe, Schränke u. s. w., dieselben Vorschriften gelten, wie für die Sidney-Ausstellung. Hiernach bleibt den Ausstellern die Sorge für die Beschaffung der Ausstellungsgeräthe überlassen, insoweit für die Schaustellung nicht die einfachen von Reichswegen zu liefernden Tischflächen und Podien ausreichen. Die von Reichswegen gewährte freie Seefracht nebst Transport- und Feuerversicherung erstreckt sich, wie auf Befragen ausdrücklich anerkannt worden ist, auch auf das Ausstellungsgeräth. Einige deutsche Handelskammern haben verständiger Weise Veranlassung genommen, den Ausstellern eine gute Ausstattung besonders anzupfehlen unter genauer Angabe der dabei zu beobachtenden Gesichtspunkte, welche natürlich je nach der Art des Ausstellungs-Gegenstandes verschieden sind.

[Die Löhne der Eisenindustrie-Arbeiter.] Die vielfach verbreitete Angabe, daß innerhalb der Eisenindustrie die Lohnverhältnisse der Arbeiter unverändert geblieben, hat den Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrie bewogen, eine Untersuchung zu veranstalten, die noch nicht abgeschlossen ist, aus der aber jetzt schon Folgendes erhellen soll: In 160 Werken aus allen Theilen des Reiches waren im Januar 1879 beschäftigt 91,606 Arbeiter, welche einen Monatslohn von 5,166,982 M. bezogen, im Januar 1880 sind dagegen auf denselben Werken beschäftigt gewesen 100,195 Arbeiter mit einer Gesamtlöhnung von 6,077,949 M. Demnach war die Zahl der Arbeiter um 8589 (9,3 pCt.), der Arbeitsverdienst pro Monat um 910,967 M. (17,6 pCt.) gestiegen, woraus nun gefolgt werden soll, daß nicht bloss mehr Arbeiter eingestellt wurden, sondern auch die Löhne eine erfreuliche Gesamtsteigerung erfahren haben; denn im Januar vorigen Jahres verdiente durchschnittlich (mit Einschluß der jüngsten und geringer bezahlten Arbeitsträume) ein Arbeiter monatlich 56,46 Mark, im Januar dieses Jahres dagegen 60,66 M. z. Nun beweisen diese Zahlenangaben allerdings wenig für die behauptete Lohnhöhung. Die Arbeiter haben allerdings mehr gearbeitet als im vorigen Jahre, weil mehr Aufträge vorhanden waren, und deshalb mehr Lohn verdient. Ob sie aber für die gleiche Arbeitszeit des Vorjahres in dem laufenden eine Lohnhöhung erhalten haben, das ist eine andere, unbeantwortete Frage.

[Ergebnisse der zweiten juristischen Staatsprüfung.] Der Justizminister hat den ihm vom 10. v. Mts. von dem Präsidenten der Justiz-Prüfungs-Kommission über die allgemeinen Ergebnisse der großen juristischen Staatsprüfung erstatteten Bericht durch Verfügung vom 26. v. Mts. veröffentlicht, weil darin eine Reihe von Gesichtspunkten

auf Grund der gemachten Beobachtungen erörtert wird, deren Kenntnis und Berücksichtigung für die Gewinnung günstiger Prüfungsergebnisse von allgemeinem Interesse sei. Der Bericht behandelt nach einer längeren Einleitung die wissenschaftliche Arbeit, dann die Proberelationen, bei welchen letzteren am häufigsten folgende zwei ganz entgegengesetzte Fehler vorgetreten: unvollständige Darstellung des Sachverhaltnisses oder ermüdende Weitschweifigkeit durch Aufnahme der vollständigen Rechtsausführungen der Parteien und durch unnütze Wiederholungen. Diese Mängel seien auch mehrfach bei den mündlichen Vorträgen zu Tage getreten. Bei der mündlichen Prüfung endlich haben sich, auch bei ausreichenden natürlichen Fähigkeiten des Kandidaten vielfach Mängel an theoretischer Ausbildung und Schwierigkeit bei der Entscheidung vorgelegter Rechtsfälle ergeben. Empfohlen wird den Kandidaten schließlich, die Gesetze selbst mehr zum Hauptgegenstande ihres Studiums zu machen und zu dem Studium der Kommentare erst dann zu schreiten, wenn sie den Text des Gesetzes genügend durchdrungen haben. Die mangelhafte theoretische Ausbildung werde erfahrungsgemäß in der späteren Praxis selten nachgeholt, und die Justizprüfungs-Kommission verfahre darum mit besonderer Strenge gegen solche Kandidaten, bei denen eine Unbekanntheit mit den Gesetzen und Rechtsquellen hervortrete.

[Nom.] In der jüngst erschienenen Broschüre des Deputirten Massari ist ein interessanter Brief des Grafen Cavour an seinen Freund La Marmora veröffentlicht worden, den die „Germania“ mittheilt. Am 21. Juli 1858 begab sich Graf Cavour nach Plombières, wo sich Napoleon III. befand. Cavour blieb daselbst 36 Stunden. Von da aus reiste er nach der Schweiz, schrieb an Victor Emanuel II. einen langen Brief über seine Besprechung mit dem Kaiser der Franzosen und von Baden aus folgenden Brief an den General La Marmora:

Baden, den 24. Juli 1858. Theurer Freund! Ich habe es für meine Pflicht gehalten, dem Könige ungefähr das Resultat meiner Unterredung mit dem Kaiser mitzutheilen. Ich habe einen sehr langen Bericht (fast 40 Seiten) verfaßt, den ich durch einen Geleitdokument-attaché des Königs in Bern nach Turin schicke. Ich wünschte sehr, daß ihn der König Dich lesen lasse, denn ich habe in demselben alles Erwähnenswerte berichtet, was mir der Kaiser in einer Unterredung sagte, welche über acht Stunden dauerte. In der Hauptsache wurden festgesetzt: 1. das Gebiet von Massa und Carrara soll die Ursache über der Vornam (sic!) des Krieges sein; 2. Zweck des Krieges soll die Vertreibung der Österreicher aus Italien und die Errichtung eines Königreiches sein, das aus dem ganzen Po-Thale, den Legationen und den Marken (sic!) besteht; 3. die Abtretung Savoyens an Frankreich, jene der Grafschaft Nizza in Suspens; 4. der Kaiser glaubt sich des Besitzes Juglands und der Neutralität Englands und Preußens sicher. Nichtsdestoweniger macht sich der Kaiser Illusionen über die militärischen Hilfsmittel Österreichs, über dessen Hartnäckigkeit, über die Notwendigkeit, es zu schlagen, um die Abtretung Italiens zu erhalten. Er sagte mir, der Friede sei nur in Wien zu unterzeichnen; um dies zu erreichen, sei es notwendig, eine Armee von 300,000 Mann zu formiren; er sei bereit, 200,000 Mann nach Italien zu schicken, verlange aber auch 100,000 Italiener. Der Kaiser ging dann in die Details des Krieges ein, die ich Dir in seinem Auftrage mündlich mittheilen werde. Ich glaube, er hat die Frage bisher als seine Generäle studirt und besitzt die richtigen Ansichten hierüber. Er sprach auch über das Kommando, über die Weise, mit dem Papste zu regieren, über das Verwaltungssystem, das man in den besetzten Provinzen einführen müsse, über die Finanzmittel, mit einem Worte über alle Hauptpunkte unseres großen Vorhabens. Wir waren in Allem einig. Der einzige noch nicht definierte Punkt ist die Verehelichung der Prinzessin Clothilde. Der König hat mich autorisiert, die Allianz nur in dem Falle abzuschließen, wenn der Kaiser keine conditio sine qua non aus der Heirath mache. Der Kaiser hat nicht zu sehr darauf bestanden, als Ehrenmann (sic!) habe ich mich verpflichtet. Ich habe aber die Überzeugung gewonnen, daß er auf diese Verehelichung ein großes Gewicht legt, und daß von derselben, wenn auch nicht die Allianz, so doch ihr Ausgang abhängt. Es wäre ein großer, ein sehr großer Fehler, sich mit dem Kaiser zu verbinden, und ihm zu gleicher Zeit eine Befreiung zuzufügen, die er nie vergessen würde, und es wäre für ihn ein ungeheuerlicher Schaden, an seiner Seite in Mitte seiner Mätte einen unversöhnlichen Feind (den Prinzen Jerome) zu haben, der um so mehr zu fürchten wäre, als in seinen Adern forsches Blut fließt. Ich habe an den König geschrieben und ihn dringend gebeten, das schwöne Unternehmen der modernen Zeit wegen einiger Skrupeln halbvermodter Aristokratie nicht zu Schanden zu machen. Ich bitte Dich, wenn er mit Dir darüber spricht, Deine Bitten mit der meinten zu vereinen. Man darf kein Unternehmen versuchen, wodurch die Krone unseres Königs und das Schick unsres Volkes der Gefahr ausgesetzt wird; aber wenn man es versucht, so darf man nichts unterlassen, was den Ausgang des Kampfes sichert. Ich habe Plombières in der heitersten Stimmung verlassen. Wenn der König in die Ehe einwilligt, so habe ich das Vertrauen, gleichsam die Gewissheit, daß Du binnen zwei Jahren als Haupt unserer siegreichen Truppen in Wien einmarschieren wirst. (Die Heirath wurde abgeschlossen, aber La Marmora blieb bei Custoza stehen.) Um mich über die Begründung der mir vom Kaiser ausgeprochenen Hoffnungen zu versichern bezüglich der möglichen Haltung der Großmächte bei einem eventuellen Kriege mit Österreich, hielt ich es für gut, nach Baden zu reisen, wo sich Könige, Fürsten und Minister verschiedener Staaten Europas befinden. Mein Gedanke war gut, denn in weniger als 24 Stunden sprach ich mit dem König von Württemberg, dem königl. Prinzen von Preußen, die Großherzogin Helena, dem Baron Balan, einem der ersten russischen Diplomaten; man könnte auf die Wirkung Juglands rechnen und die Großherzogin sagte mir, daß, wenn Frankreich sich mit uns verbunden habe, die russische Nation ihre Regierung zwingen würde, dasselbe zu thun. Balan sagte mir: Si vous avez à l'un de vos côtés un chasseur de Vincennes, comptez que de l'autre vous aurez un soldat de notre Garde: Was Preußen betrifft, so glaube ich, es wird, obwohl es große Antipathie gegen Österreich empfindet, zweifelhaft und unentschieden bleiben, bis es von den Ereignissen hingerissen werden wird, an dem Kampfe Theil zu nehmen. Ich habe nicht mehr Zeit, fortzufahren u. s. w. Cavour.

Locales und Provinzielles.

Posen, 10. März.

r. Der Männerturnverein „Vorwärts“ hielt Sonnabend, den 6. d. M., unter ziemlich zahlreicher Beteiligung im Reichsgarten sein drittes geselliges Vergnügen in diesem Winter ab. Dasselbe bestand in einer kleinen theatralischen Aufführung, in Schauturnen und in einem Tanzkränzchen. Während der großen Pause produzierten sich unter großer Heiterkeit drei Mitglieder des Vereins als „musikalische Klowns“. Das schöne Fest erreichte erst in früher Morgenstunde sein Ende.

[Zur Umwandlung der polnischen Ortsnamen] Eine an die Gutsbesitzer des Kröbener Kreises auf ihren Protest vom 30. September v. J. gerichtete Verfügung der hiesigen Regierung vom 27. Februar d. J., in welcher ihnen eröffnet

wird, daß der Landrat Graf Posadowski die Verzeichnisse der Schiedsgerichtsbezirke nach der vom statistischen Bureau im Jahre 1874 herausgegebenen Publication: Die Gemeinde- und Gutsbezirke des preußischen Staates und ihre Bevölkerung nach den Urmaterialien der allgemeinen Volkszählung vom 1. Dezember 1871, Abschnitt IV., die Provinz Posen angefertigt habe. Die Behörden haben sich bis auf letzteres hierauf zu richten, da das von der Regierung im Jahre 1874 herausgegebene Verzeichnis veraltet ist und neues, den jetzigen Verhältnissen entsprechendes Material noch nicht vorbereitet ist.

- Zur Hebung des warschauer Theaterwesens. Auf Anordnung des General-Adjutanten Grafen Koebue ist, wie wir de „Golos“ entnehmen, eine besondere Spezialkommission niedergesez worden, der die Administration der warschauer Theater übertragen ist. Zu dieser Kommission, in der der Senator Geheimrat Gudowski das Präsidium führt, werden mehr oder minder einflussreiche Beamte, Literaten, Künstler und einige Gausbesitzer gehören; ihre Aufgabe wird darin bestehen, Mittel zur Hebung und Verbesserung des warschauer Bühnen ausfindig zu machen.

r. Wegen Majestätsbeleidigung wurde am 8. d. M. ein Zimmergenie in einem Schanklokal in der Krämerstraße verhaftet.

r. Bauernfängerei. Wenn die polnische bäuerliche Bevölkerung eine gewisse Scheu vor Papiergebärd hat, so darf man sich darüber nicht wundern, da Betrüger oft genug den Umstand, daß der bäuerliche Bevölkerung die Unterscheidungszeichen zwischen echtem und unechtem Papiergebärd meistens gar nicht bekannt sind, zu deren Nachtheil ausgenutzt haben. Trotzdem ließ sich am Montage auf dem hiesigen Wochenmarkt eine Bauernfrau aus der Umgegend von Posen verleiten, eine Gans von einem Unbekannten einen angeblichen Fünf-Mark-Schein in Zahlung zu nehmen, der zwar einem solchen Schein ähnlich ist, aber von demselben wesentlich durch einen breiten weißen Streifen unterscheidet. Leider erst zu spät kam die Frau zu der Erkenntnis, daß sie betrogen worden war.

r. Diebstähle. Aus verschlossener Stube in dem Hause Breitestr. 29 sind vor einigen Tagen einem Handlungs-Hilfsmeister Nachschlüsse eines dunklen Sommers-Ueberzieher und zwei Paar Hosen entwendet worden; der Ueberzieher hat sich in einer Pfandleihanstalt, wo ihn der Dieb verjezt hatte, vorgefunden. — Aus verschlossener Hühnerstalle auf dem Grundstück Gr. Gerberstraße 41 sind in der Nacht vom 8. zum 9. d. Mts. mittelst Abreißens der Bretterverkleidung Hühner und eine Taube gestohlen worden; dem Besitzer haben die Diebe nur die Köpfe zurückgelassen, die sie den Thieren sofort in Stalle abgerissen haben. — Einem Eigentümer auf der Zawada in der Nacht vom Sonntag zu Montag 5 Zentner Kartoffeln gestohlen worden.

△ Aus dem Kreise Buk, 7. März. [Kreiserausblick] Das diesjährige Musterungsgericht findet im hiesigen Kreise in der Zeit vom 5. bis 16. April cr. statt und zwar in Grätz am 5. April für die Ortschaften des Polizeidistrikts Grätz, am 6. April für die Städte Grätz und Opalenica; in Buk am 8. April für die Ortschaften des Polizeidistrikts Buk, am 9. April für die Stadt Buk und nachfolgende ländliche Ortschaften aus dem Polizeidistrikt Kuschlin: Alt- und Neu-Dombrowo, Glupow, Jaszkow, Kudzin, Kudzlin, Lenker-Hauland, Michorzenko Dorf, Michorzenko-Land, Michorzevo, Porazin, Rudej, Przyciata und Turkow, Neustadt b. P. am 12. April für die Ortschaften des Polizeidistrikts Neustadt b. P., am 13. April für die Stadt Neustadt b. P. und die nachfolgenden Ortschaften aus dem Polizeidistrikt Kuschlin: Brodki, Chraplewo, Slivno und Wonsowo; in Neutomischel am 15. April für die Ortschaften des Polizeidistrikts Neutomischel am 16. April für den Rest der Ortschaften aus dem Polizeidistrikt Neutomischel und für die Stadt Neutomischel. — Im Gemeindebesteck Konkolow ist der Gastwirth Berthold Adam daselbst zum amtlichen Fleischbeschauer bestellt worden.

r. Wollstein, 7. März. [Städtische Sparkasse. Retholiches Waisenhaus. Kriegerverein.] In Folge der Ansammlung sehr bedeutender Kapitalien in der hiesigen städtischen Sparkasse haben die städtischen Behörden beschlossen, vom 1. April ab sämtliche Spareinlagen statt wie bisher mit 5 pCt. mit nur 4 pCt. zu verzinsen. Ferner werden von diesem Zeitpunkte ab die Gelder in Sparkassen, sowohl gegen hypothekarische Verpfändung als auch gegen Wechsel mit 6 pCt. ausgeliehen. Bis jetzt wurden Gelder gegen Wechsel mit 6^{1/2} pCt. und nur gegen Hypothek mit 6 pCt. vergeben. — Zu Ostern cr. verlassen mehrere Waisenmädchen, die das 14. Leben Jahr bereits zurückgelegt haben, die hiesige katholische Waisenanstalt und es können mehrere Waisenmädchen wieder Aufnahme daselbst finden. — Unser Kriegerverein wird in diesem Jahre den Geburtstag Sr. Majestät des Königs erst am zweiten Osterfeiertage feiern.

△ Schneidemühl, 7. März. [Konflikt. Landgericht Gebäu. Schülerverbindung.] Der Konflikt zwischen der hies. kath. Kirchenvorstande und der kath. Gemeindevertretung besteht noch immer. Während der Kostenanschlag zu der neuen Probsteiarchie vom Kirchenvorstande vorgelegt und von der Gemeindevertretung genehmigt wurde, wurde der Kostenanschlag der Reparaturbauten auf den Propstie nicht vorgelegt. Es ist nun die nach Vollsiedlung der selben entworfene Kostenrepartition von der Gemeindevertretung nicht genehmigt worden. Die Regierung wird wohl vermitteln und die Gemeindevertretung zu einer nachträglichen Genehmigung der qu. Reparaturbauten zu veranlassen haben. — Unser neues Landgerichtsgebäude neben dem alten Gebäude, dem früheren Kreisgerichte, in welchem das Landgericht jetzt seinen Sitz hat, erbaut werden. Wenn das Gebäude bezogen wird, wird das alte Gebäude unserm Amtsgerichte als Dienstlokal überwiesen werden. Es werden somit in Zukunft unser Amtsgericht und Landgericht sich dicht nebeneinander befinden. — Die vier Schulen unseres Gymnasiums, welche einer Verbindung angehörten und bisher schon vom Unterrichte ausgeschlossen waren, sind jetzt relegirt worden.

Passiwa.	
1) Metallbestand (der Bestand an coursfähigen deutchem Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen)	Mf. 583,691,000 Zun. 525,00
2) Bestand an Reichskassenisch.	" 44,687,000 Zun. 797,00
3) do. an Noten and. Banken	" 10,010,000 Abn. 20,529,00
4) do. an Wechsels	" 367,505,000 Abn. 14,513,00
5) do. an Lombardsforderungen	" 46,025,000 Abn. 323,00
6) do. an Effekten	" 8,425,000 Abn. 107,00
7) do. an sonstigen Aktiven	" 24,620,000 Abn. 1,587,00
8) das Grundkapital	Mf. 120,000,000 unverändert
9) der Reservesfonds	" 15,223,000 unverändert
10) der Betr. d. umlauf. Noten	" 706,522,000 Abn. 20,045,00
11) die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	" 235,798,000 Abn. 13,674,00
12) die sonstigen Passiven	" 432,000 Abn. 199,00

Der Wochenausweis der Reichsbank zeigt von neuem ein erhebliches Heraugehen der Umlagen. Besonders hat sich das Finanz-Bureau seither um mehr als 14^{1/2} Millionen Mark erleichtert, was hauptsächlich darauf zurückzuführen sein wird, daß die Reichsbank ihre Anläufe nach Diskonten im offenen Markt, sowohl in Berlin, wie an den anderen großen Zentren, in Frankfurt a. M., in Hamburg, sowie auch an Nebenplätzen, wo sie diese Anläufe begonnen hatte, aus den bekannten Gründen wieder eingestellt hat. Die Lombard-Forderungen sind nur um $\frac{1}{2}$ Million zurückgegangen. Der Baarbestand ist um etwas herab-

Allianz, der Bestand an Reichskassenscheinen etwas über 2 Millionen schien, während an Noten von anderen Banken mehr als 20½ Millionen Mark weniger bei der Reichsbank vorhanden waren. Um circa 2 Millionen Mark hat sich denn auch die Notenzirkulation der Reichsbank vermindert. Das Giro-Konto erscheint um 13½ Millionen Mark wärmer als im vorigen Ausweis.

Neue Emission hamburgischer 3½ Prozent Staatsrente. Am 9. und 10. d. M. werden 9,000,000 M. 3½ prozent. hamburgische Staatsrente in Berlin bei der Direktion der Diskonto-Gesellschaft, in Frankfurt a. M. beim Hause Rothschild und in Hamburg bei der Deutschen Bank und der Firma L. Behrens & Söhne zur Substitution aufgelegt. Der Emissionskursus ist 87½, während der Börsenkurs der 3½ prozentigen hamburgischen Rente sich 87,50 und 87,60. Die jetzt zur Begebung gelangende Rente steht nach jeder Abstimmung hin der früher begebenen 3½ prozentigen Rente der Stadt Hamburg gleich, so daß in Bezug auf die Qualität des Papiers, das sehr bricht war, Neues nicht hervorzuheben ist.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 9. März. Die Kammern haben heute ihre Sitzungen geschlossen.

Schwerin, 9. März. Heute sind hier die kommissarisch-deputativen Verhandlungen über die Reform der Landesverfassung eröffnet worden.

Wien, 9. März. Das Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus haben beschlossen, den Kaiser und den Kronprinzen anlässlich der Verlobung des Letzteren zu beglückwünschen. — Im Abgeordnetenhaus ist vom Finanzminister die Vorlage über Kreditoperationen zur Deckung des Defizits im Jahre 1880 eingebrochen worden.

Wien, 9. März. Die im Abgeordnetenhaus vom Finanzminister eingebrochene Vorlage über Kreditoperationen zur Deckung des Defizits im Jahre 1880 verlangt die Ermächtigung zur Ausgabe einer Goldrente im Betrage von nominell 20 Millionen.

Wien, 9. März. Nach einer Meldung der „Politischen Korrespondenz“ aus Konstantinopel hat die türkische Regierung offiziell bekannt gemacht, daß die Steuerzahlungen vom 13. März in Klingender Münze zu erfolgen haben.

Paris, 9. März. [Senat.] Fortsetzung der Berathung des Gesetzentwurfs über den höheren Unterricht. Artikels 7 des Gesetzentwurfs über den höheren Unterricht. Der Konzilspräsident Freycinet erklärte, daß durch den Art. 7 eineswegs die Freiheit verlebt werde. Nach Ansicht der Regierung hätten Konzilspräsidenten, die nicht autorisiert seien, gleichviel religiöse oder nicht, kein Recht, zu existieren. Freycinet stellte weiter in Abrede, daß der Gesetzentwurf die Religion antastete und betonte, daß die Regierung zwischen alten und neuen Institutionen einen Unterschied machen werde; sie würde die neuen unterlagen, wenn sie nicht legal seien und den alten gegenüber geleglichen Bestimmungen in Anwendung bringen. Man werde von ihnen verlangen, sich die staatliche Autorisation zu verschaffen und ihre Statuten mitzuhilfen. Es werde eine Untersuchung ange stellt werden und diejenigen Institute sollten auch gebürgt werden, deren Unterricht zu keinem Vorwurf vorliege, daß die etwaige Ablehnung des Art. 7 schwere Folgen nach ziehen würde. Die Exekutivewalt würde in Stand gesetzt werden, die geleglichen Bestimmungen noch viel strenger in Anwendung zu bringen. Die Annahme des Art. 7 sei eine Nothwendigkeit und er richte an den Senat das dringende Erfuchen, um selbst seine Zustimmung zu ertheilen. Nach dem Ministerpräsidenten nahm Dufaure das Wort.

Brüssel, 9. März. [Repräsentantenkammer.] Bei der Berathung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen wurde der Antrag auf Beibehaltung der belgischen Gesellschaft beim Vatikan mit 97 gegen 8 Stimmen angenommen.

London, 9. März. Lord Beaconsfield hat in einem vom d. Mts. datirten, an den Brixton-König von Irland gerichteten Schreiben dem Letzteren die bevorstehende Auflösung des Parlaments mitgetheilt. Lord Beaconsfield erinnert in diesem Schreiben alle die Wohlthaten, welche die dermalige Regierung Irland aus, welche das konstitutionelle Band zerreißen möchten, das Irland mit England verbinde und betont die Nothwendigkeit, die Solidarität Englands und seiner weiten Gebiete zu befestigen. Bezuglich der demnächst bevorstehenden Neuwahlen sagt der Preß, die Macht Englands und der Frieden Europas würden in jedem Stützen abhängen von dem Urtheile, welches das Land durch die Wahlen ausspreche. Die gegenwärtige Regierung habe aus, welche Frieden sichern können, mit dem Prinzip der Nichtintervention sei aber die Aufrechterhaltung des Friedens nicht möglich. Der Frieden hänge ab von der Mitwirkung, um nicht zu sagen, von der Zunahme des Einflusses Englands in dem Norden Europas. Er hoffe, das Land werde ein Parlament wählen, das entschlossen sei, die Macht Englands aufrecht zu erhalten.

Konstantinopel, 9. März. Said Pascha hat dem Sultan behufs einer Verminderung des Defizits von 5,000,000 auf 3,000,000 Pf. Vorschläge über finanzielle Reformen unterbreitet, nach welchem namentlich eine Beschränkung der Gehaltsbezüge der Staatsbeamten eintreten soll. Said Pascha hat der Annahme seiner Vorschläge sein Verbleiben im Amt abhängig gemacht; die Entscheidung des Sultans ist noch unbekannt, indest solle derjelbe einer Entlassung Said Paschas geneigt sein.

Triest, 9. März. Der Lloyd-dampfer „Aglaja“ ist gestern 9 Uhr mit der ostindisch-chinesischen Überlandpost aus Kantonien hier eingetroffen.

Washington, 8. März. Eine Botschaft des Präsidenten an den Senat erklärt, die Politik der Vereinigten Staaten bezüglich des Panama-Kanals bestehne in der Ausübung der Kontrolle über den Kanal durch die nordamerikanische Union. Die Vereinigten Staaten könnten diese Kontrolle keiner europäischen Macht oder einer Kombination europäischer Mächte überlassen.

Verantw. Redakteur S. B. Dr. jur. Paul Hörrer in Posen. Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inschriften übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
9. Nachm. 2	772,1	SO mäßig	ganz heiter	+ 4,1
9. Abends 10	768,0	S schwach	ganz heiter	+ 1,3
10. Morgs. 6	764,8	S schwach	ziemlich heiter	- 0,0

Wetterbericht vom 9. März, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Aberdeen	771,1	S still	Dunst	3,9
Kopenhagen	778,3	SW leicht	bedeckt	0,2
Stockholm	767,7	SW stark	bedeckt	0,8
Haparanda	744,6	SW leicht	bedeckt	0,2
Petersburg	763,2	WSW schwach	Schnee	- 7,5
Moskau	766,7	N leicht	wolkenlos	- 11,2
Gork	768,3	O schwach	bedeckt ¹⁾	7,2
Brest	767,7	OSO leicht	halbbedeckt ²⁾	7,1
Helder	772,1	OSO leicht	halbbedeckt	4,4
Sylt	776,6	S schwach	wolkenlos ³⁾	- 0,8
Hamburg	777,4	SO mäßig	wolkenlos	0,3
Eswinemünde	780,5	S leicht	wolkenlos ⁴⁾	- 1,8
Neufrankfurt	780,6	SSW leicht	wolfig	- 1,2
Memel	776,3	W frisch	bedeckt ⁵⁾	- 0,3
Paris	769,7	SSO still	wolkenlos	- 8,3
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	772,8	NO schwach	wolkenlos	5,4
Wiesbaden	775,7	NO mäßig	wolkenlos	4,0
Kassel	775,4	NO still	wolkenlos ⁶⁾	2,1
München	773,9	O frisch	wolkenlos	- 0,5
Leipzig	768,6	O mäßig	wolkenlos ⁷⁾	0,3
Berlin	779,6	SO leicht	wolkenlos	- 0,6
Wien	782,0	still	wolkenlos	- 2,2
Breslau	782,2	SSO schwach	wolkenlos	- 2,6

¹⁾ Seegang leicht. ²⁾ See ruhig. ³⁾ Nachtfrost. ⁴⁾ Nachtreis. ⁵⁾ Seegang mäßig. ⁶⁾ Neif. ⁷⁾ Neif.

Übersicht der Witterung.

Unter äußerst starken Fällen des Barometers im Norden schreitet das barometrische Maximum, welches jetzt über Ost-Deutschland liegt, langsam südostwärts fort. Über Zentral-Europa ist bei schwacher südlicher bis östlicher Luftströmung das Wetter seit gestern Abend fast wolkenlos geworden und die Temperatur in Folge der Ausstrahlung allenthalben gesunken, namentlich im Osten, wo jetzt wieder strenge Kälte herrscht. Das Frostgebiet erstreckt sich bis zur Linie Haparanda, München, Konstantinopel. Nizza: Nord, still, Dunst, plus 12,2 Grad. Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 8. März Mittags 3,32 Meter.

= 9. = 3,64 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 9. März. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,50. Pariser do. 81,18. Wiener do. 172,10. R.-M. St.-A. 146,5. Rheinische do. 157,5. Hess. Ludwigsb. 106. R.-M.-Pr.-Anth. 133,5. Reichsanl. 99,5. Reichsbank 153,5. Darmst. 152,5. Meiningen 101,5. Ost.-ung. Bf. 724,00. Kreditafftien ¹⁾ 264,5. Silberrente 61,5. Papierrente 73,5. Ung. Goldrente 87,5. 1860er Loose 125. 1864er Loose 309,00. Ung. Staatsl. 212,00. do. Ostb.-Ob. II. 78,5. Böhm. Westbahn 191,5. Elisabethb. 160,5. Nordwestb. 144,5. Galizier 223,5. Franzosen ²⁾ 123,5. Lombarden ³⁾ 75,5. Italiener 1877er Russen ⁴⁾ 87,5. II. Orientanl. 59,5. Zentr.-Pacific 109,5. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.

Nach Schluß der Börse Kreditafftien 263,5. Franzosen 236. Gaz. 222,5. ungarische Goldrente 86,5. II. Orientanleihe —. 1860er Loose —. III. Orientanleihe —. Lombarden —. Schweizer. Zentralbahn —.

¹⁾ per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 9. März. Effekten-Societät. Kreditafftien 265,5. Franzosen 236,5. Lombarden 73,5. 1860er Loose —. Galizier 223,5. österr. Silberrente —. ungarische Goldrente 87,5. II. Orientanleihe 59,5. österr. Goldrente 73,5. III. Orientanleihe —. Papierrente —. 1877er Russen —. Meiningen Bank —. Sehr fest.

Wien, 9. März. (Schluß-Course.) Fortgesetzte Deckungs- und Meinungskäufe steigerten durchweg. Montanwerthe lebhaft. Spekulationspapiere Rente und Bahnen sehr jezt.

Papierrente 71,17,5. Silberrente 72,00. Osterr. Goldrente 86,15. Ungarische Goldrente 101,47,5. 1864er Loose 122,50. 1860er Loose 129,50. 1864er Loose 171,25. Kreditloose 179,50. Ungar. Prämienl. 112,70. Kreditafftien 299,30. Franzosen 274,00. Lombarden 88,60. Galizier 25,50. Kasch. Oderb. 125,00. Pardubitzer 131,50. Nordwestbahn 169,20. Elisabethbahn 186,20. Nordbahn 236,00. Österreich. Bahn 836,00. Türk. Loose 17,20. Unionbahn 113,50. Anglo-Austr. 154,25. Wiener Bankverein 148,00. Ungar. Kredit 282,75. Deutsche Plätze 57,50. Londoner Wechsel 118,10. Pariser do. 46,80. Amsterdamer do. 97,90. Napoleon 9,43. Dukaten 5,56. Silber 100,00. Marknoten 58,07,5. Russische Banknoten 1,24,5. Lemberg-Czernowitz 157,25.

Wien, 8. März. Abendbörse. Kreditafftien 297,80. Franzosen 272,50. Galizier 258,00. Anglo-Austr. 152,30. Lombarden 86,50. Papierrente 71,05. österr. Goldrente 86,15. ungar. Goldrente 101,20. Marknoten 58,10. Napoleon 9,43. 1864er Loose —. österr.-ungar. Bank —. Nordbahn —. Sehr fest.

Florenz, 9. März. 5 p.C. Italienische Rente 90,92. Gold 22,38. **Paris**, 9. März. (Schluß-Course.) Sehr fest. 3 prozent. amortizirb. Rente 84,57,5. 3 prozent. Rente 82,77,5. Anleihe de 1872 116,42,5. Ital. 5 prozent. Rente 81,50. Osterr. Goldrente 74,5. Ung. Goldrente 87,5. Russen de 1877 89,5. Franzosen 586,25. Lombardische Eisenbahn-Aktien 191,25. Lombard. Prioritäten 262,00. Türk. de 1865 10,72,5. 5 prozent. rumänische Anleihe 73,00.

Credit mobilier 71,0. Spanier extér. 16,7,5. do. inter. 15,5. Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 55,5. Société générale 55,5. Credit foncier 108,7. Egypter 282. Banque de Paris 950. Banque d'escompte 785. Banque hypothécaire 640. III. Orientanleihe 60,5. Türkensee 37,75. Londoner Wechsel 25,25,5.

Paris, 8. März. Boulevard-Berkehr. 3 prozent. Rente —. Anleihe von 1872 116,30. Italiener 81,20. österreich. Goldrente —. ungar. Goldrente 86,14,5. Türk. 10,85. Spanier extér. —. Egypter 284,00. Banque ottomane —. 1877er Russen —. Lombarden —. Türkensee —. III. Orientanleihe —. Fest.

London, 9. März. Consols 97,5. Italiener 5,5. Rente 80,5. Lombarden 7,5. 3 prozent. Lombarden alte 10,5. 3 prozent. do. neue —. 5 prozent. Russen de 1871 83. 5 prozent. Russen de 1872 85. 5 prozent. Russen de 1873 84,5. 5 prozent. Türk. de 1865 10,5. 5 prozent. fundierte Amerikaner 105,5. Osterr. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungar. Gold-Rente 85,5. Osterr. Goldrente 73,5. Spanier 16,5. Egypter 56.

Preuß. 4 prozent. Consols 97,5.

Playford 2½ p.C.

In die Bank fließen heute 7000 Pf. Sterl. Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,65. Wien 12,05. Paris 25,45. Petersburg 24,5.

Brüssel, 8. März. Oester. Papierrente 61,30.

Newyork, 8. März. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84 C. Wechsel auf Paris 5,19. 5 p.C. fundierte Anleihe 103,5. 4 p.C. fundierte Anleihe von 1877 106,5. Erie-Bahn 46,5. Central-Pacific 112,5. Newyork Centralbahn 132,5.

Produkten-Course.

Köln, 9. März. (Getreidemarkt.) Weizen bießiger loco 24,00. fremder loco 24,50. pr. März 23,75. pr. Juli 23,35. Roggen loco 19,50. pr. März 18,00. pr. Mai 18,05. pr. Juli 17,50. Hafer loco 14,50. Rüböl loco 29,50. pr. Mai 28,80. pr. Oktober 29,70.

Bremen, 9. März. Petroleum ruh. (Schlu

